

Innere Sicherheit

Debatte um neue Sicherheitsinstrumente versachlichen

Die organisierte Kriminalität und der internationale Terrorismus bedienen sich zunehmend modernster technischer Methoden. Der freiheitliche Rechtsstaat darf dieser Entwicklung nicht ohnmächtig gegenüber stehen. Er steht vielmehr in der Pflicht, so gut wie möglich für Sicherheit zu sorgen. Es ist selbstverständlich, dass dabei der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gewahrt wird. Es ist deshalb unverantwortlich, in der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, dass mit der geplanten Modernisierung der Sicherheitsinstrumente die Telefone, Wohnungen und Computer unbescholtener Bürger massenhaft überwacht werden sollen.

Die Sicherheitsbehörden stehen bei der Vorbeugung und Verfolgung von Straftaten in einem dramatischen Wettlauf mit der Verbrechens- und Terrorszene. Die letztjährige Vereitelung von Terroranschlägen auf Transatlantikflüge in Großbritannien wäre ohne moderne Sicherheitsinstrumente wie die akustische Wohnraumüberwachung gar nicht möglich gewesen.

Rechtsstaat braucht moderne Ermittlungsinstrumente

Nachdem die Mobiltelefonie und das Internet auch in kriminellen und terroristischen Kreisen eine zunehmende Bedeutung erfahren haben, ist es konsequent, den Ermittlungsbehörden auch hier schlagkräftige Sicherheitsinstrumente an die Hand zu geben.

Wie irreführend manche öffentlichen Debatten inzwischen geführt werden, zeigt das Beispiel der Einführung neuer Passdokumente. Es war die rot-grüne Vorgängerregierung, die die elektronische Speicherung biometrischer Merkmale wie Passbild und Fingerabdrücke in den Pässen eingeführt hat. Nun geht es einzig und allein um die Frage, ob die Fingerabdrücke bei den Passbehörden hinterlegt bleiben sollen oder unmittelbar nach Übersendung an die Bundesdruckerei gelöscht werden sollen. Von der dauerhaften Einrichtung einer zentralen Fingerabdruckdatei war nie die Rede.

Züge von Hysterie trägt auch die Debatte um Online-Durchsuchungen von Computern über das Internet. Die überwiegende Mehrheit der Sicherheitsexperten hält dieses Ermittlungsinstrument für die Gefahrenabwehr für unverzichtbar. Verbrecher und Terroristen dürfen nicht darauf vertrauen können, im Internet einen geschützten Raum vorzufinden, der den Ermittlungen der Sicherheitsbehörden entzogen ist.

Privatsphäre unbescholtener Bürger bleibt gewahrt

Dabei ist klar, dass Online-Durchsuchungen auf eine verlässliche gesetzliche Grundlage gestellt und nur in Ausnahmefällen sowie auf richterliche Anordnung zum Einsatz kommen sollen. Die bereits auf Dienstanweisung des ehemaligen Bundesinnenministers Schily (SPD) erfolgten Online-Durchsuchungen beziffern sich im Jahr auf nicht einmal 20 Fälle. Von einer massenhaften Ausspähung der Privatsphäre unbescholtener Bürger kann auch hier keine Rede sein.

Statt ideologischer Vorbehalte ist in der aktuellen Sicherheitsdebatte deutlich mehr Sachlichkeit geboten. Der Rechtsstaat muss in die Lage versetzt werden, der neuen Qualität krimineller und terroristischer Bedrohung mit angemessenen Instrumenten entgegenzutreten.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

der wirtschaftspolitische Kurs der unionsgeführten Bundesregierung trägt Früchte. Die Stagnation unter Rot-Grün ist endgültig überwunden. Alles deutet darauf hin, dass das diesjährige Wirtschaftswachstum nicht wie bisher prognostiziert um 1,7 Prozent, sondern um 2,3 Prozent steigen wird.

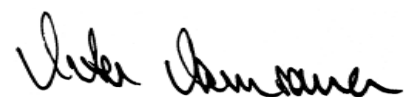


Die Chancen für einen längerfristigen und sich selbst tragenden Aufschwung sind so günstig wie seit langem nicht mehr. Die erfreuliche Entwicklung wird nach heutigen Erkenntnissen auch 2008 anhalten. Das sind gute Perspektiven, um die öffentlichen Haushalte zu sanieren und die Dynamik auf dem Arbeitsmarkt zu verstärken. Beim Thema Arbeitslosigkeit ist die Wende geschafft. Die Zahl der Arbeitslosen wird im Jahresdurchschnitt um rund 750.000 auf 3,7 Millionen sinken. Dies ist eine Entwicklung, die vor einem Jahr kaum jemand für möglich gehalten hätte.

Die mitunter schmerzhaften Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung haben weder zu einer konjunkturellen Delle noch zu einem Abwürgen der Konjunktur geführt. Die Skeptiker und Kritiker sind endgültig widerlegt. Die aktuelle Entwicklung des Ifo-Geschäftsklimaindex spricht für sich.

Nun gilt es, den Aufschwung zu festigen. Die fest vereinbarten Maßnahmen zur Neuordnung der Unternehmensbesteuerung und der betrieblichen Erbschaftsteuer müssen zügig umgesetzt werden. Die Betriebe brauchen Planungssicherheit. Und wenn es darüber hinaus gelingt, die Arbeitsmärkte wenigstens in kleinen Schritten weiter zu flexibilisieren, dann wird dies auch jenen zugute kommen, die bislang noch nicht vom Aufschwung profitiert haben. Hieran werden wir weiter arbeiten. Es wäre jedenfalls grundfalsch, jetzt die Hände in den Schoß zu legen.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Peter Ramsauer MdB
Vorsitzender der CSU-Landesgruppe
im Deutschen Bundestag

Debatte zum Klimaschutz

Klimaschutz mit ökonomischer Vernunft

Die Bundesregierung hat in dieser Woche in einer Regierungserklärung die Beschlüsse des Europäischen Rates zum Klimaschutz erläutert. Dass es überhaupt zu einer EU-Einigung auf gemeinsame Klimaziele gekommen ist, ist ein wichtiger Verhandlungserfolg der deutschen Ratspräsidentschaft.

Es ist richtig, dass Deutschland in Europa und Europa in der Welt in diesem Punkt eine Vorreiterrolle einnehmen. Mit dem maßgeblich von CDU und CSU konzipierten Instrumenten zur Reduzierung von CO₂-Emissionen, der Steigerung der Energieeffizienz und zur systematischen Förderung erneuerbarer Energien ist Deutschland auf einem guten Weg, seine Vorreiterposition auszubauen.

Das Programm zur energetischen Gebäudesanierung beweist, dass sich durch Marktanzreizprogramme im Bereich des Klimaschutzes die Felder Umweltschutz, Energieeffizienz, Mittelstandsförderung, sowie Innovationen, Forschung und Technologie erfolgreich und allseits ge-

winnbringend verknüpfen lassen. Hier gibt es noch großes Potenzial und



bereits positive Effekte, die es zu verstärken gilt – auch, um den Einsatz von klimafreundlichen Technologien weltweit voranzutreiben.

Mit der Entscheidung des Bundeskabinetts zur Einführung energetischer Gebäudepässe, die Auf-

schluss über die Energieeffizienz von Wohnhäusern liefern, leistet die unionsgeführte Regierungskoalition einen weiteren Beitrag für mehr Klimaschutz-Bewusstsein.

Allerdings ist es mit nationalen Anstrengungen allein nicht getan. Der Klimaschutz ist eine globale Aufgabe. Es muss auch in anderen Ländern besser gelingen, den rasant ansteigenden Energieverbrauch und Treibhausgasausstoß vom Wirtschaftswachstum abzukoppeln. Daher ist es nur konsequent, für dieses Thema auch auf der Ebene der G8 nachdrücklich zu werben. Auch die Staaten außerhalb der EU müssen für eine verbindliche Kooperation im Bereich des weltweiten Klimaschutzes gewonnen werden.

Diese Woche

Innere Sicherheit Debatte um neue Sicherheitsinstrumente versachlichen	S. 1
Debatte zum Klimaschutz Klimaschutz mit ökonomischer Vernunft	S. 2
Bundespolizei Künftig rund 1.000 Polizeibeamte mehr in der operativen Arbeit	S. 2
Türkei-Besuch Forderung nach konkretem Zeitplan für EU-Beitritt der Türkei abgelehnt	S. 3
Gespräch mit dem Vorstand der Deutschen Bahn AG Intensiver Dialog über aktuelle Bahnprojekte	S. 4
Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Wirtschaftsförderung“ Bewährtes Förderinstrument muss erhalten und dauerhaft finanziert werden	S. 4
Integrationspolitik Identität und Weltoffenheit sichern - Integration fordern und fördern	S. 5

IMPRESSUM:

Verantwortlich für Seite 1:
Der jeweils unterzeichnende Abgeordnete

Redaktion: Wolfgang Jenders
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212
Telefax: (030) 227 - 76712

e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Neukonzeption der Bundespolizei

Mehr Polizeipräsenz - weniger Verwaltung

Die terroristische Bedrohung sowie die Notwendigkeit der Bekämpfung illegaler Migration, auch im Hinblick auf den künftigen Wegfall strenger Grenzkontrollen durch die Erweiterung des sog. „Schengen-Raumes“ um Tschechien, Polen und der Schweiz, stellt die Bundespolizei vor neue Herausforderungen. Bei einer ersten Unterrichtung über die geplante Straffung der Organisationsstrukturen stellte Bundesinnenminister Dr. Schäuble klar, dass die Bundespolizei in der Fläche personell gestärkt werden soll. Künftig stehen ca. 1.000 Beamte mehr für den eigentlichen Polizeidienst zur Verfügung als heute.

Der Ermittlungsdienst der Bundespolizei soll in Flächeninspektionen und an Flughafendienststellen personell verstärkt werden. Entscheidend aus Sicht der CSU-Landesgruppenmitglieder war die Aussage des Ministers, dass der Personalbestand der Bundespolizei für Bayern insgesamt erhalten bleibt und dort, wo es aufgabenbezogen erforderlich ist, sogar gestärkt wird. Dies bedeutet allerdings nicht, dass alle derzeitigen Standorte als selbständige Einheiten erhalten bleiben. Vielmehr ist die Straffung des Verwaltungsapparates eines der erklärten Reformziele. So soll die Anzahl der Bundespolizeiinspektionen bundesweit von 128 auf 76 reduziert werden. Allerdings bekräftigte der

Minister, dass dort, wo Inspektionen aufgelöst würden, das operativ eingesetzte Personal grundsätzlich vor Ort bleibe und in den dortigen Revieren ihren Dienst versieht.

Dass der Personalbestand der Bundespolizei für Bayern erhalten bleibt ist eine gute Nachricht - vor allem für die Beschäftigten, aber auch für alle Bürger in Bayern, da der hohe Sicherheitsstandard in Bayern erhalten bleibt. Einzelne konkrete Standortfragen und hier insbesondere die Zukunft der Standorte Rosenheim und Schwandorf müssen allerdings noch im engen Dialog zwischen dem Bund und Bayern sowie der CSU-Landesgruppe geklärt werden.

Türkei-Besuch

Forderung nach konkretem Zeitplan für EU-Beitritt abgelehnt - Beitrittsverhandlungen müssen weiter ergebnisoffen geführt werden -

Der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Dr. Peter Ramsauer, besuchte in Begleitung seiner beiden Stellvertreter Max Straubinger und Dr. Christian Ruck in der vergangenen Woche die Türkei. Sie führten Gespräche mit Ministerpräsident Erdogan, Innenminister Aksu, Wirtschaftsminister Babacan sowie Abgeordneten des türkischen Parlaments und Wirtschaftsvertretern.

Dr. Ramsauer unterstrich die Notwendigkeit von Reformen in der Türkei und ermunterte die Regierung, auf diesem Gebiet wieder aktiver zu werden. Er machte klar, wieviel Respekt Deutschland den Leistungen der Türkei als Regionalmacht im östlichen Mittelmeer, als Mittler zwischen Ost und West und als zuverlässiger Nato-Partner entgegenbringt.

Zwar sei es zu respektieren, dass die Türkei den EU-Beitritt für sich als Ziel definiert habe. Die türkische Forderung nach einem konkreten Beitrittsdatum lehnte Dr. Ramsauer jedoch weiter ab. Fehler der Vergangenheit dürfe man in Bezug auf die Türkei nicht wiederholen, sagte er mit Blick auf die Aufnahme Rumäniens und Bulgariens in diesem Jahr sowie der immer noch geteilten Insel Zypern im Mai 2004.

Niemand könne sagen, wo die Türkei in fünfzehn Jahren stehe und wie weit Europa dann sei, sagte der CSU-Landesgruppenvorsitzende nach seiner Rückkehr vor Pressevertretern

in Berlin. Er plädierte dafür, das Verhältnis zwischen Europa und der Türkei unverkrampfter anzugehen, zumal reformfeindliche Kräfte ein brüskes Zurückstoßen der Türkei natürlich für ihre Geschäfte nutzen.



Max Straubinger, Dr. Ramsauer und Dr. Ruck im Gespräch mit dem türkischen Ministerpräsidenten Erdogan

Er bleibe aber dabei, dass die EU-Beitrittsverhandlungen ergebnisoffen und ohne politischen Rabatt geführt werden müssen. Auch bleibe die CSU nach wie vor bei ihren grundsätzlichen Bedenken gegen eine Vollmitgliedschaft im Hinblick auf die politisch-kulturellen Unterschiede, die finanziellen Kosten und die Folgen

einer Arbeitnehmerfreizügigkeit. Das von CDU und CSU entwickelte Modell einer privilegierten Partnerschaft sei auch mit Blick auf die begrenzte Integrationsfähigkeit der EU nach wie vor die bessere Alternative.

Überschattet wurde der Aufenthalt der CSU-Politiker durch den brutalen Mord an drei Christen in der südosttürkischen Stadt Malatya, unter denen auch ein Deutscher war. Dr. Ramsauer zeigte sich bestürzt über dieses Verbrechen. Er lobte die schnelle Arbeit der türkischen Behörden, zeigte sich aber besorgt über das gesellschaftliche Klima, das hinter solchen Taten Einzelner stehe. Hass-erfüllte Intoleranz dürfe die Türkei in gar keinem Fall dulden.

Bei seinen Gesprächen mit Vertretern der christlichen Minderheiten in Istanbul bedauerte Dr. Ramsauer die fortgesetzte behördliche Verweigerung von deren Recht, als geschützte Gemeinschaft und als gleichberechtigte Bürger in der offiziell laizistischen Republik Türkei leben zu können.

++ kurz notiert ++ kurz notiert ++ kurz notiert ++ kurz notiert ++ kurz notiert ++

Erstmals seit drei Nullrunden wieder Rentenerhöhung

Zum 1. Juli erhalten die rund 20 Millionen Rentnerinnen und Rentner erstmals seit drei Nullrunden eine Erhöhung ihrer Bezüge um 0,54 Prozent. Diese Erhöhung errechnet sich aus der Entwicklung der Löhne im Vorjahr sowie aus einer komplizierten Verrechnung von Zu- und Abschlägen. Mit der Anhebung zum 1. Juli kommen auf die Rentenkassen Mehrausgaben von 1,2 Milliarden Euro zu. Dennoch bleibt der Beitragssatz mit 19,9 Prozent auch im Jahr 2008 stabil.

Unterdessen hat sich die Dauer des Rentenbezugs in den letzten 10 Jahren spürbar erhöht. Männer bezogen im bundesweiten Durchschnitt im Jahr 2005 im Schnitt 16,48 Jahre Altersrente, bei Frauen waren es 21,32 Jahre. Zehn Jahre zuvor hat die Rentenbezugsdauer noch bei 15,67 Jahren beziehungsweise 19,56 Jahre gelegen.

Ausbildungsverträge auf dem höchsten Stand seit fünf Jahren

Der wirtschaftliche Aufschwung macht sich auch auf dem deutschen Ausbildungsmarkt positiv bemerkbar. Im vergangenen Jahr schlossen 581.000 Jugendliche einen neuen Vertrag im Rahmen des dualen Ausbildungssystems ab. Das waren so viele wie seit 2001 nicht mehr.

Das gemeinsame Engagement von Politik und Wirtschaft im „Ausbildungspakt“, der inzwischen für weitere drei Jahre verlängert wurde, trägt damit Früchte.

Dennoch sind weiterhin erhebliche Anstrengungen notwendig, um jedem ausbildungsfähigen und –willigen Jugendlichen auch in diesem Jahr wieder eine Berufsausbildung zu sichern.

Gespräch mit dem Vorstand der Deutschen Bahn AG

Intensiver Dialog über aktuelle Bahnprojekte

Die Wahrnehmung des Versorgungsauftrags für eine flächendeckende Bahn-Infrastruktur muss auch nach der geplanten Teilprivatisierung der Deutschen Bahn AG gesichert bleiben. In diesem Zusammenhang diskutierten die Mitglieder der CSU-Landesgruppe auf Einladung der Deutschen Bahn AG auf ihrer Landesgruppensitzung am Montag dieser Woche über aktuelle Bahnprojekte in Bayern.

Das für Wirtschaft und Politik zuständige Vorstandsmitglied Dr. Otto Wiesheu betonte eingangs des gut vierstündigen Gespräches, dass die Deutsche Bahn AG seit ihrer Umwandlung von einer „Behörde“ in ein Wirtschaftsunternehmen die damit einhergehende Umstrukturierung erfolgreich bewältigt habe. Eine erhebliche Steigerung ihrer Attraktivität habe die Bahn sowohl im Personen- wie im Güterverkehr erfahren. Auch sei die Bahn als einer der größten Arbeitgeber im Lande ihrer Verantwortung für die Beschäftigten erfolgreich nachgekommen. Für die zukünftige Entwicklung sei es nunmehr von entscheidender Bedeutung, dass die Bundespolitik neben den im Unternehmen erwirtschafteten Finanzmitteln ausreichende Investitionen für den Neu- und Ausbau von Bahnstrecken sowie für die Modernisierung der Bahnflotte

zur Verfügung stelle. So stellten die ambitionierten Klimaschutzziele der Bundesregierung die Bahn vor erhebliche Herausforderungen bei der technischen Umrüstung ihrer Züge.



Die Mitglieder der CSU-Landesgruppe würdigten die verstärkten Anstrengungen der Deutschen Bahn AG um einen intensiveren Dialog mit den politischen Entscheidungsträgern. Transparenz in den Entscheidungsabläufen über die Realisierung wichtiger

Streckenprojekte sei dringend geboten. Es sei deshalb unbedingt geboten, Entscheidungen gemeinsam zu entwickeln und den unmittelbaren Dialog zu führen. Hier habe es in der Vergangenheit deutliche Defizite gegeben.

Die Erörterung konkreter Einzelprojekte solle deshalb in Zukunft intensiviert und regelmäßig fortgesetzt werden. Dabei sei es natürlich, dass einzelne Entscheidungen der Bahn auch durchaus kritisch begleitet würden. Zu begrüßen sei es in diesem Kontext, dass die Deutsche Bahn AG nicht nur den Mitgliedern der CSU-Landesgruppe mit Dr. Otto Wiesheu und dem Generalbevollmächtigten für Bayern, Dr. Klaus-Dieter Josel, sondern auch den kommunalen politischen Entscheidungsträgern inzwischen unmittelbare Ansprechpartner für Einzelfragen benannt habe.

Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Wirtschaftsförderung“

Bewährtes Förderinstrument muss erhalten und dauerhaft finanziert werden

- Unterausschuss des Deutschen Bundestages vor Ort in ostbayerischen Grenzregionen -

Auf Einladung der CSU-Bundestagsabgeordneten besuchten die Mitglieder des Unterausschusses „Regionale Wirtschaftsförderung“ unlängst mehrere Unternehmen in den bayerischen Grenzregionen zu Tschechien. In zahlreichen Gesprächen mit Unternehmern, Vertretern der Wirtschaftsverbände und Kommunalpolitikern kam man übereinstimmend zu dem Ergebnis, dass die Gemeinschaftsaufgabe das Förderinstrument mit der höchsten Rendite auf das eingesetzte staatliche Kapital ist.

Mit Hilfe der Gemeinschaftsaufgabe konnten zahlreiche Arbeits- und Ausbildungsplätze erhalten und neu geschaffen sowie die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen durch Innovationen und neuen Technologien entscheidend verbessert werden. Die Unternehmer vor Ort belegten überzeugend, dass sich die Gemeinschaftsaufgabe zum zentralen Förderinstrument entwickelt

hat, um den wirtschaftlichen Strukturwandel in den Regionen nachhaltig zu beeinflussen. Die Gemeinschaftsaufgabe hat einen entscheidenden Anteil an den Bemühungen, die teilweise drastisch unterschiedlichen Rahmenbedingungen zu den neuen Mitgliedsländern auszugleichen.

Durch den Einsatz der CSU-Landesgruppe bei den letzten Haus-

haltsverhandlungen konnte erreicht werden, dass die finanziellen Mittel der Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Wirtschaftsförderung“ um 50 Mio. Euro verstärkt wurden. Das ist der richtige Weg. Um den Erfolg in den nächsten Jahren fortsetzen zu können, müssen auch im nächsten Haushaltsjahr der Gemeinschaftsaufgabe ausreichende finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Integrationspolitik

Identität und Weltoffenheit sichern – Integration fordern und fördern

Ad-hoc-Arbeitsgruppe legt detailliertes Integrationskonzept vor

Mit dem Integrationsgipfel am 14.07.2006 hat Bundeskanzlerin Angela Merkel ein wichtiges Zeichen gesetzt: Integration muss endlich ernst genommen werden – auf allen Ebenen von Politik und Gesellschaft und auch von den Zuwanderern selbst. Bund, Länder und Kommunen erarbeiten seither gemeinsam mit Migranten-Vertretern einen „nationalen Integrationsplan“. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hatte dazu den Anstoß gegeben und betont, ein solcher Aktionsplan könne nur durch konkrete Zielgrößen mit klarer Zeitperspektive und Verantwortlichkeit Ergebnisse bringen. Unter der Leitung des Parlamentarischen Geschäftsführers der CSU-Landesgruppe, Hartmut Koschyk, hat nunmehr eine ad-hoc-Arbeitsgruppe der Fraktion ein detailliertes Integrationskonzept vorgelegt, dass den weiteren Diskussionsprozess begleiten soll.

Integration ist weder eine einseitige Aufgabe der Einheimischen noch ausschließlich eine staatliche Verpflichtung. Integration ist vor allem auch eine Verpflichtung und Aufgabe der Zuwanderer, die dauerhaft in Deutschland leben wollen. Der aus Traditionen und den Selbstverständlichkeiten des alltäglichen Zusammenlebens folgende Zusammenhalt der Bevölkerung muss ebenso erhalten bleiben wie der Konsens über die Werte des Grundgesetzes.

Integration muss gewollt sein

Die Zustimmung zu Demokratie, Rechtsstaat und individuellen Freiheitsrechten für Frauen wie Männer muss für jeden Bürger selbstverständlich sein. Der „nationale Integrationsplan“ macht Schluss mit der als Liberalität missverstandenen Gleichgültigkeit gegenüber vermeidbaren Konflikten in unserer Gesellschaft. Der umfassende Geltungsanspruch und die Schutzfunktion der deutschen Rechtsordnung darf nicht aufgegeben werden: Das Eindringen von Rechtsvorstellungen, die der freiheitlich-demokratischen Wertordnung des Grundgesetzes widerstreiten, darf in keinem Fall geduldet werden. „Parallelrechtsordnungen“, rechtsfreie Räume oder gar Selbstjustiz im Namen von Gruppennormen oder angeblichen Ehrbegriffen darf der demokratische Rechtsstaat nicht dulden.

Deutschkenntnisse fordern und fördern

Sprache ist der wichtigste Schlüssel zur Integration. Aus dieser Einsicht wurden lange nicht die nötigen Konsequenzen gezogen. Oft ka-

men Familienangehörige ohne jede Sprachkenntnis nach Deutschland. Zu viele Zuwanderer beherrschen die deutsche Sprache auch dann kaum, wenn sie schon länger hier leben. Ein wichtiger Anknüpfungspunkt sind die Kinder. Sie sollen möglichst schon bei der Einschulung vom ersten Tag an dem Unterricht auf Deutsch folgen können. Deshalb sprechen sich CDU und CSU für verbindliche Sprachstandstests ein, die rechtzeitig vor der Einschulung vorgenommen werden.

Integrationskurse intensivieren

Eine erste Bilanz der 2005 eingeführten Integrationskurse ist unbefriedigend: 322.000 Personen waren bis 31.08.2006 zur Teilnahme an einem Sprach- oder Integrationskurs berechtigt. Nur 185.000 nahmen teil und nur 31.000 stellten sich erfolgreich der freiwilligen Prüfung.

Von der gesetzlichen Möglichkeit, Ausländer in Deutschland, die noch kein Deutsch können, zum Besuch von Integrationskursen zu verpflichten, müssen die Ausländerbehörden verstärkt Gebrauch machen. Unser Ziel ist, das Angebot der Sprach- und Integrationskurse zu verbessern.

Die Verweigerung von Integrationsangeboten blieb für Empfänger staatlicher Sozialleistungen folgenlos. Die Novelle zum Zuwanderungsgesetz soll für mehr Verbindlichkeit sorgen:

- ◆ Wer als Ehegatte nach Deutschland zieht, muss künftig vor der Einreise deutsche Sprachkenntnisse nachweisen.
- ◆ Wer zu einem Integrationskurs verpflichtet wurde, muss diesen ordnungsgemäß abschließen.

Bloße Teilnahme genügt nicht. Wer sich verweigert, dem droht ein Bußgeld oder er läuft Gefahr, Deutschland wieder verlassen zu müssen.

- ◆ Sozialleistungen von „Hartz IV“-Empfängern, die an einem verpflichtenden Integrationskurs nicht ordnungsgemäß teilnehmen, werden um 30% gekürzt.

Gleichberechtigung und gesellschaftliche Teilhabe sichern

Es muss Schluss sein mit der Gleichgültigkeit bei Verstößen gegen die Gleichberechtigung. Das gilt im Kleinen, wenn Mädchen etwa am Sportunterricht nicht teilnehmen dürfen – und im Großen: Zwangsverheiratung muss ein Straftatbestand werden. Unser Land kann sich kein Nebeneinander unterschiedlicher Kulturen leisten, sondern braucht ein Miteinander auf der Grundlage der in Deutschland gewachsenen Tradition der Vielfalt und Offenheit.

Bürgerschaftliches Engagement der Migranten ist Ausdruck der Zugehörigkeit zum Gemeinwesen. Mit der gesellschaftlichen Bedeutung des Sports verbinden sich große Chancen für die Integration – des Spitzensports für die Identifikation, des Breitensports für das Miteinander.

Konsequente Politik der Inneren Sicherheit

Misslungene Integration wird zuerst im örtlichen Umfeld zum Problem: Damit Gewalt nicht eskaliert, gehört zur Integration eine konsequente Politik der Inneren Sicherheit.